

# Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Jobverlust!



Stellenabbau, Entlassungen und Betriebsschließungen – so sieht die Reaktion der Arbeitgeber auf die Wirtschaftskrise aus. Im Mai 2020 erreichte die Zahl der Kurzarbeitenden ein Rekordhoch von über 7 Millionen. Zugleich sollen dennoch zehntausende Stellen in verschiedenen Branchen abgebaut werden. All dies wird mit der Coronapandemie gerechtfertigt, genau wie die Einschnitte in das Arbeitszeitgesetz, durch die 12h-Schichten möglich wurden. Doch ist wirklich das Virus der Auslöser dafür? Bereits 2019 haben die DAX-Konzerne schon 150.000 Arbeitsplätze gestrichen. Und auch prekäre Arbeitsverhältnisse sind nichts neues – Minijobs und Leiharbeit sind schon seit Jahrzehnten auf dem Vormarsch und die Überstundenberge türmen sich auch nicht erst seit diesem Jahr auf.

## Was bedeutet das für die Beschäftigten?

Zum einen führen Entlassungen und Betriebsschließungen zu Arbeitslosigkeit. Für die Betroffenen und ihre Familien bedeutet das, am oder unter dem Existenzminimum zu leben und oft auch den Schikanen der Arbeitsagentur ausgesetzt zu sein – was eine Gefährdung der körperlichen und geistigen Gesundheit nach sich ziehen kann. Mehr Arbeitslose haben aber auch Auswirkungen auf diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz haben. Die allgegenwärtige Angst, dass es auch einen selbst treffen könnte, führt dazu, dass Beschäftigte ihrem Chef gegenüber lieber klein beigeben, statt auf ihre Rechte zu bestehen. Dies wurde beispielsweise in der vergangenen Tarifrunde im Öffentlichen Dienst von den Arbeitgebern ausgenutzt, indem sie die Beschäftigten und ver.di ermahnten, nicht zu viel zu fordern, da sonst Stellen abgebaut werden müssten. So sinken bei hoher Arbeitslosigkeit tendenziell die Löhne. Entlassungen führen außerdem zu einer Arbeitsverdichtung bei denen, die dann die Arbeit mit weniger Personal verrichten müssen. Unzählige Überstunden, massive Stressbelastung, zu wenig Zeit für Erholung schaden also auch der Gesundheit derjenigen, die ihren Job behalten.

## Was wollen wir stattdessen?

Die Produktivität ist so hoch wie noch nie: seit 1991 ist sie um 34,8% je Arbeitsstunde gestiegen - es kann also ungefähr um ein Drittel schneller produziert werden. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Vollzeitjobs beträgt jedoch nach wie vor 41 Stunden, außer im Metall- und Elektrobereich, in dem die Beschäftigten zusammen mit der IG Metall die 35-Stunden-Woche erkämpft haben. Die Realloohnerhöhung seither beträgt nur kaum spürbare 5%, während die DAX-Konzerne allein im Jahr 2016 einen Nettogewinn von fast 74 Milliarden Euro verzeichnen konnten – eine Steigerung um knapp 50%. Darauf zu warten, dass sich das von allein ändert, bringt nichts – die Geschichte der Arbeitszeitentwicklung zeigt, dass sich die

Beschäftigten die Verkürzung des Arbeitstags immer selbst hart erkämpfen mussten!

Vor der Arbeitshetze fliehen viele Menschen in Teilzeitbeschäftigung. Wieder andere sind finanziell auf Vollzeitstellen angewiesen und bekommen keine. Teilt man die aktuelle durchschnittliche Arbeitswoche gleichmäßig auf alle Erwerbsfähigen auf, liegt die wöchentliche Arbeitszeit bereits bei 30 Stunden – 11 Stunden weniger also, als die Durchschnittsvollzeit.

Wir wollen eine kollektive Senkung der Arbeitszeit – alle sollen weniger arbeiten müssen und trotzdem ein gutes Leben führen können.

Wir fordern deshalb eine flächendeckende Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden in Vollzeit! Und das bei vollem Lohnausgleich – die Beschäftigten sollen nicht aus eigener Tasche dafür zahlen. Und bei vollem Personalausgleich – damit die Arbeitszeitverkürzung keine Arbeitsverdichtung bedeutet, sondern eine reale Entlastung der Beschäftigten.

Damit nicht die einen ohne Job dastehen, während die anderen Berge von Überstunden vor sich herschieben!

Damit ein ökologischer Umbau im Verkehrs- und Energiesektor möglich wird, ohne dass hunderttausende Menschen arbeitslos werden!

Damit wir mehr Zeit haben für Freizeit, Kultur und politisches Engagement!

Damit die Sorge- und Hausarbeit ausgewogener zwischen Mann und Frau aufgeteilt werden kann!

Damit nicht die Beschäftigten für diese Wirtschaftskrise zahlen!

Zahlen sollen stattdessen die Eigentümer der Banken und Konzerne!

## Wir fordern:

- Umverteilung der Arbeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich – für die 30 Stunden Woche!
- Verbot von Überstunden und unbezahlter Arbeit!
- Verbot von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, wie Leiharbeit, Mini-Jobs, befristeten Verträgen, etc. – Umwandlung in reguläre, unbefristete Beschäftigungsverhältnisse!
- Ausbau des Kündigungsschutzes für alle!
- Weg mit Erwerbslosigkeit, Armut und Demütigung durch Hartz IV!
- Zukunftsperspektiven für Jugendliche – für das Recht auf einen Ausbildungsplatz und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf!